

Wir wollen ehrliche Politik für Hagen!

***Kommunalpolitische Ziele auf den
Punkt gebracht.***

BSW - WIR für Hagen!

„Mut zur spürbaren Veränderung durch einen Wechsel in der Politik!“

Unter diesem Leitgedanken setzt sich das Hagener Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) für die Zukunft der Stadt Hagen ein. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Hagen spürbar zu verbessern und die Lebensqualität nachhaltig zu steigern. Die vergangenen Jahre waren geprägt von politischen Fehlentscheidungen, die Hagen wirtschaftlich zurückwarfen und das Sicherheitsgefühl der Bürger erschütterten. Während die Stadt im Vergleich mit anderen Regionen wirtschaftlich auf den hinteren Plätzen rangiert, zählt sie bei der Kriminalität zu den Spitzenreitern in Nordrhein-Westfalen. Tatsachen, die dringend gewendet werden müssen.

Die politischen Missstände, die sich über Jahre hinweg verfestigt haben, erfordern mutige und weitreichende Entscheidungen, die die etablierten Parteien verweigern. Das BSW-Hagen setzt sich für eine gerechte und vernünftige Politik ein, die wieder die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Konkret verfolgt das BSW-Hagen zahlreiche kommunalpolitische Ziele, die flexibel an aktuelle Entwicklungen angepasst und fortlaufend weiterentwickelt werden. Dabei geht es um eine umfassende Erneuerung und Verbesserung der städtischen Strukturen, die den Hagener Bürgern eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zurückgeben sollen. Die nachfolgend aufgeführten kommunalpolitischen Ziele sind daher nicht abschließend und werden ständig aktualisiert. Ziele die wir priorisieren, arbeiten wir dann bis zum Ende ordnungsgemäß und zügig ab.

Kommunalpolitische Ziele:

Die Schullandschaft muss erhalten und ausgebaut werden. Das Versprechen "Kurze Beine – kurze Wege" wurde in den letzten Jahren nicht eingehalten. Beispiele wie der Verfall der Friedrich-Harkort-Grundschule in Haspe oder die geplante Schließung der Grundschule in Hohenlimburg-Reh verärgern Lehrer, Schüler und Eltern. Es ist nicht hinnehmbar, dass Unterricht in kalten und nassen Klassenräumen stattfindet, während Geld im städtischen Haushalt verschwindet, welches für Schulsanierungen verplant war.

Wir setzen uns für mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ein, darunter Jugendzentren, Spielplätze sowie Sport- und Förderangebote. Auch die finanzielle Unterstützung von Sportvereinen und sozialen Einrichtungen, wie etwa der AIDS-Hilfe, Sprachförderung und Integrationsprogrammen für benachteiligte Menschen in den Arbeitsmarkt, muss verbessert werden. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche von der Straße zu holen und in sinnvolle Beschäftigungen zu integrieren. Auch das kulturelle Angebot darf nicht unter finanziellen Kürzungen leiden, da es die Lebensqualität in der Stadt verbessert, Menschen zur Teilhabe einlädt und Einsamkeit verhindert.

Die Flächennutzung soll effizienter gestaltet werden, beispielsweise durch die Vermeidung von Flächenversiegelung und die Aufbereitung von Industriebrachen zur gewerblichen Nutzung. Wir wollen Arbeitsplätze in Hagen sichern und neue Unternehmen ansiedeln, um die heimische Wirtschaft zu stärken. Die Begrünung bereits versiegelter Flächen, etwa durch das Aufstellen von Bäumen, soll zudem helfen, die Stadt auf Hitzewellen im Sommer vorzubereiten.

Verkehr gemeinsam denken, für eine faire und funktionierende Mobilität in Hagen!

Eine barrierefreie Verkehrsraumgestaltung ist uns wichtig. Bordsteine sollen abgesenkt, Gefahrenstellen beseitigt und der öffentliche Nahverkehr barrierefrei gemacht werden, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen, Senioren und Kindern gerecht zu werden.

In Hagen braucht es eine neue, kluge Verkehrspolitik, die nicht spaltet, sondern verbindet. Zu lange wurden Verkehrsträger gegeneinander ausgespielt. Auto gegen Fahrrad, ÖPNV gegen Individualverkehr. Wir sagen, das ist der falsche Weg!

Wir setzen uns für eine Mobilitätswende ein, die alle mitnimmt. Eine echte Verkehrswende gelingt nur, wenn verschiedene Formen der Fortbewegung sinnvoll aufeinander abgestimmt werden, statt sie gegeneinander auszuspielen.

- Der öffentliche Nahverkehr muss zuverlässig, bezahlbar und gut ausgebaut sein, gerade in Randbezirken.
- Fahrrad- und Fußwege brauchen mehr Sicherheit und echte Priorität bei der Stadtplanung.
- Wer auf das Auto angewiesen ist, sei es beruflich oder privat, darf nicht ausgegrenzt oder bestraft werden.

Unser Grundsatz lautet:

Die Verkehrsarten müssen nicht gegeneinander geplant und umgesetzt werden, sondern miteinander. Nur so entsteht ein modernes, soziales und nachhaltiges Verkehrskonzept, das für alle Hagener funktioniert.

Defekte Infrastruktur, wie beispielsweise die Altenhagener Brücke und die Rampe am alten „Arbeitsamt“ zur Körnerstraße, muss unverzüglich saniert werden. Hierbei sollen auch Land und Bund in die finanzielle Verantwortung genommen werden.

Infrastruktur für alle positiv und sinnvoll verändern!

Wir wollen bezahlbaren und altengerechten Wohnraum für alle schaffen, insbesondere für junge Familien, damit diese nicht in andere Städte abwandern. „Schrottimobilien“ sollen konsequent beseitigt und Problemverhalten von Mietern strenger sanktioniert werden, denn die Stadtsauberkeit ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebenswerten Stadt.

Um die Hagener Innenstadt zu beleben, schlagen wir zeitlich begrenztes, kostenloses Parken während der Ladenöffnungszeiten auf öffentlichen Parkplätzen vor. Maßnahmen gegen den innerstädtischen Verkehrsstau, wie die Öffnung der gesperrten Linksabbiegerspur am Emiliensplatz und die temporäre Freigabe von Radwegen für den Kraftfahrzeugverkehr am Graf-von-Galen-Ring, können den Verkehrsfluss verbessern.

Migration mit Maß und Verantwortung gestalten!

In der Migrationspolitik setzt sich das BSW-Hagen für einen ausgewogenen und realistischen Ansatz ein, der die Leistungsfähigkeit unserer Stadt berücksichtigt und die Bedürfnisse der Bürger ebenso wie der Migranten in Einklang bringt. Mit Vernunft und Gerechtigkeit

Hagen gehört zu den Großstädten in Deutschland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Vielfalt sehen wir als Chance und Potenzial, wenn Integration gelingt und aktiv gestaltet wird. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, all jene, die sich integrieren wollen, auch aktiv in das städtische Leben einzubinden, sei es im sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Bereich. Nur so entsteht ein echtes Miteinander statt eines bloßen Nebeneinanders.

Migration und kulturelle Vielfalt können eine Bereicherung sein, aber nur dann, wenn der Zuzug in einer Größenordnung bleibt, die sozial, organisatorisch und finanziell bewältigt werden kann. Die unkontrollierte Zuwanderung der letzten Jahre hat zu einer spürbaren Überlastung unserer Stadt geführt: Kitas und Schulen platzen aus allen Nähten, der Wohnraum wird knapp, und viele Geflüchtete müssen unter menschenunwürdigen Bedingungen in Containern, leerstehenden Baumärkten oder Turnhallen untergebracht werden, auf engstem Wohnraum. Das wird weder den aufnehmenden Kommunen noch den Schutzsuchenden gerecht. Das BSW-Hagen wird klar und deutlich die Zustände in Hagen ansprechen und Lösungen präsentieren!

Wir fordern:

- Eine klare Obergrenze für die Zuwanderung, orientiert an der Kapazität unseres Wohnungsmarkts, der Verfügbarkeit von Kita- und Schulplätzen sowie an der personellen und finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt.
- Keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen über diese Grenze hinaus. Integration kann nur gelingen, wenn sie planbar ist.
- Eine stärkere Einbindung der Kommunen in die Entscheidungen zur Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten.
- Ein Ende der Praxis, Menschen ohne Perspektive dauerhaft in prekären Übergangslösungen unterzubringen, wir brauchen dauerhafte Lösungen statt Notbehelfe.
- Mehr Investitionen in Integrationsmaßnahmen: Sprachkurse, Bildung, Qualifikation, soziale Teilhabe und Nachbarschaftsarbeit müssen systematisch gefördert werden. Finanzielle Unterstützung von Verbänden und Vereinen.
- Eine Aufwertung des Integrationsrats! Der Integrationsrat soll stärker in die kommunalpolitische Entscheidungsfindung eingebunden und als Stimme der migrantischen Stadtgesellschaft ernst genommen werden.

Migration muss gesteuert werden, mit Verantwortung, Augenmaß und sozialer Gerechtigkeit. Nur so können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern, Überforderung verhindern und gelingende Integration ermöglichen

Sicherheit ist uns ebenfalls ein zentrales Anliegen!

Der Streifendienst des Ordnungsamtes soll in enger Zusammenarbeit mit der Polizei verstärkt werden, um Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen. Regelmäßige Sicherheitskontrollen in Bussen, Fußgängerzonen, im Bahnhofsbereich und an anderen kritischen Orten sollen dazu beitragen, "Angsträume" durch bessere Beleuchtung und intensivere Polizeipräsenz sicherer zu machen. Zudem soll die Verkehrssicherheit durch verstärkte Geschwindigkeitskontrollen, insbesondere in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und Freizeiteinrichtungen, erhöht werden. Unser Grundsatz ist klar, niemand sollte Angst haben müssen, im öffentlichen Raum Opfer einer Straftat zu werden.

Wir fordern eine nachhaltige und gerechte Lösung des Altschuldenproblems!

Die Stadt Hagen steht wie viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor der drückenden Last hoher Altschulden. Diese Schulden sind auch das Resultat struktureller Unterfinanzierung durch Bund und Land sowie der wirtschaftlichen Umbrüche der letzten Jahrzehnte.

Die Altschulden Lösung wurde weder durch die SPD im Bund noch durch die CDU im Land ernsthaft angegangen.

Wir fordern eine nachhaltige und gerechte Lösung des Altschuldenproblems, um Hagen wieder handlungsfähig zu machen und soziale sowie wirtschaftliche Perspektiven für unsere Heimat zu schaffen. Der Bund und das Land NRW müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und einen solidarischen Entschuldungsfonds einrichten. Dieser Fonds soll Kommunen wie Hagen gezielt bei der Tilgung ihrer Altschulden unterstützen, ohne neue Bedingungen oder Kürzungszwänge zu diktieren. Dies sichert finanzielle Handlungsfähigkeit und ermöglicht Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Projekte. Jede neue Aufgabe, die unserer Stadt durch Gesetze oder Verordnungen von Bund, Land oder EU übertragen wird, muss vollständig finanziert werden. Ob im Bereich Bildung, Integration, Klimaschutz oder Sozialpolitik. Hagen darf nicht länger auf den Kosten sitzen bleiben, während in Berlin, Düsseldorf oder Brüssel entschieden wird. Wir fordern eine politische Beteiligung an allen Entscheidungen, die sich auf das Leben in unserer Heimatstadt auswirken. Die Lockerung der Schuldenbremse durch die neue Bundesregierung muss in Hagen dazu führen, dass infrastrukturelle Probleme endlich beseitigt werden können. Aber auch die Hagener Stadtverwaltung muss durch klare Regeln in die Lage versetzt werden, das Potenzial der angebotenen Fördermittel auszuschöpfen (Negativbeispiel: „Städtebaufördermittel 2025“)